

Experten schätzen Strahlung «sehr hoch» ein



Stadt Biel und Bund verschwiegen den Fund von radioaktivem Material auf der Altdeponie mitten im Wohngebiet

Biel 20 Jahre lang bauten Christine Pürro und ihr Mann Ueli im gemeinsamen Schrebergarten Bohnen, Tomaten und Blumenkohl an. Ihre Gärten standen mitten in der Stadt Biel, auf einem Gelände, das bis kurz nach dem Zweiten Weltkrieg eine Mülldeponie war. Die Schrebergärtner witzelten früher, man würde alte Velos finden, wenn man zu tief grabe. Inzwischen ist den Pürros das Lachen vergangen.

2008 wurden die Schrebergärten abgerissen für den Bau der Autobahnumfahrung A 5. 2012, noch während der Arbeiten, entdeckten Spezialisten per Zufall radioaktiven Abfall. Der Boden war verseucht mit Radium-226.

Bis 2008 standen über 60 Gartenhäuschen teilweise nur 30 Zentimeter über der ehemaligen Deponie Lischenweg/Brüggmoos. Der andere Teil des alten Deponiegeländes ist heute komplett mit Wohnhäusern bebaut. Nach dem Fund des Radiums empfahl der Bund, die Bevölkerung zu informieren. Doch die Bieler Behörden schweigen seit anderthalb Jahren.

«Wir haben nichts vom diesem radioaktiven Material gewusst», sagt Christine Pürro. Ihr Gemüse habe ihr zwar nie Bauchweh oder Durchfall verursacht. Und sie, ihr Mann und ihre Tochter seien ja auch alle gesund. Dennoch ist die 62-jährige Coiffeuse verärgert. «Es ist eine Sauerei, was da alles abgelagert wurde.»

Radiumrückstände tauchen zwar gelegentlich in alten Deponien auf, so etwa in Biberist SO oder Teufen AR. In der Regel besteht keine direkte Gefährdung der Gesundheit und der Umwelt, dennoch informieren die Behörden. In Biel blieb der Fund unter dem Deckel, obwohl man hier erstmals eine grosse Menge Radium mitten im Siedlungsgebiet und nahe am Grundwasser gefunden hatte. Und die gemessene Radioaktivität ist bedeutend, sagen Experten.

120 Kilogramm radioaktiver Müll ausgesondert

Das BAG bestätigt, dass bei den am stärksten kontaminierten Abfällen aus Biel eine mittlere Radioaktivität von 500 000 Becquerel pro Kilogramm gemessen worden ist. Der höchste registrierte Wert in der Bieler Altdeponie beträgt zwei Millionen Becquerel pro Kilogramm. Heinz Surbeck, ehemaliger Mitarbeiter der Sektion Strahlenschutz im BAG, beurteilt die in Biel gemessenen Werte als «sehr hoch».

Gemäss Dokumenten, die der Sonntagszeitung vorliegen, haben Spezialisten an einzelnen Stellen eine Strahlungsintensität von 300 Mikrosievert pro Stunde gemessen. Wer mehr als drei Stunden mit einer derart starken Quelle in direktem Kontakt ist, hat die tolerierbare Jahresdosis bereits erreicht.

Entdeckt wurde das Material nur durch Zufall. Am 9. November 2012 fuhr ein Lastwagen mit Aushub von der Bieler Baustelle zur Deponie Teuftal BE. Im Gegensatz zu vielen anderen Deponien ist die Pforte in Teuftal mit einem Geigerzähler ausgerüstet. Der Chauffeur zirkelte seinen Camion durch das Strahlenmesstor, und sofort schlug der Detektor Alarm.

Es begannen hektische Abklärungen. Die folgenden drei Monate standen die Arbeiten auf der Baustelle in Biel still. Die Abteilung Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz der Suva trat auf den Plan. Die Bauführer erarbeiteten einen Plan für die Dekontaminierung der restlichen 20 000 Kubikmeter Erde. Besonders strahlenexponierte Arbeiter erhielten Dosimeter zur Kontrolle.

Die Spezialisten trugen die Erde der alten Deponie Lischweg nun Schicht für Schicht ab in Tranchen von 30 Zentimetern – bis sie eine Tiefe von 5 Metern erreichten. Jede Schicht wurde einzeln untersucht. Selbst die Baggerschaufeln passierten den Strahlendetektor. Nach etwas mehr als einem Jahr hatten die Spezialisten 120 Kilogramm radioaktiven Müll ausgesondert. Zum Grossteil handelte es sich um kleine Glasflaschen mit Radiumpulver. Dieses Pulver hatte die Uhrenindustrie für die Leuchtfarben benutzt. Wegen der Gesundheitsgefahr verbot der Bund diese radiumhaltigen Farben 1963.

Die stärker radioaktiven Abfälle sollen jetzt ins Bundeszwischenlager in Würenlingen AG kommen. Das schwächer strahlende Material liegt heute in der Deponie Teuftal.

Doch vor der Entdeckung des Radiums im Jahr 1912 wurden bereits über 90 000 Kubikmeter Erde aus der ehemaligen Bieler Deponie abgetragen. Vermutlich ging das Material in die drei Berner Deponien nach Lyss, Deisswil und Tavannes. Dieses Material hat bisher niemand untersucht.

Laut dem BAG ist die Wahrscheinlichkeit, dass das Radium die Bevölkerung oder die Umwelt gefährdet hat und allenfalls noch immer gefährdet, trotz allem «gering». Dennoch werden Messungen vorbereitet, die im überbauten Teil der früheren Deponie durchgeführt werden sollen. Auf dem gesamten Deponie-Areal könnten Glasflaschen aus der Uhrenindustrie abgelagert worden sein. «Es ist geplant, die Messungen noch diesen Juni durchzuführen», versichert BAG-Sprecher Daniel Dauwalder. Die Behörde will Bodenproben nehmen und das Deponie-Sickerwasser sowie das Grundwasser analysieren.

BAG soll von Information der Bevölkerung abgeraten haben

Doch niemand kann schlüssig erklären, warum bis heute weder die Quartierbewohner noch die früheren Schrebergartenbesitzer informiert worden sind. Der Kanton Bern als Bauherr verweist auf das BAG; die Bundesbehörde wiederum delegiert die Verantwortung an die Stadt Biel. BAG-Sprecher Dauwalder sagt, man habe die «Stadt Biel als Behörde wiederholt aufgefordert, die Bevölkerung über die gemessenen Werte auf der Deponie zu informieren».

Biels Baugemeinderätin Barbara Schwickert gehört zur Grünen Partei. Sie gibt für spezifische Informationen zu den exakten Fundorten des radioaktiven Materials den Kanton als Auskunftsstelle an: Die entsprechende Parzelle gehöre dem Kanton. Und sie widerspricht der Darstellung des BAG. Das Bundesamt habe der Gemeinde empfohlen, die Bewohner des betroffenen Quartiers nicht zu informieren, um sie «nicht unnötig in Angst zu versetzen». Nicht einmal Biels Nachbargemeinde Brügg, auf deren Boden sich ein Teil der alten Deponie befindet, wurde aufgeklärt.

Gemeindepräsident Charles Krähenbühl (SP) versteckt seine Irritation nicht: «Die zuständigen Behörden hätten uns über den radioaktiven Abfall informieren müssen. Ich bin verärgert.»

«Ob die Behörden in diesem Fall informieren oder nicht, ist ein Wertungsentscheid», sagt Markus Müller, Professor für Verwaltungsrecht an der Universität Bern. Für Müller ist jedoch klar, wie der Entscheid ausfallen sollte: «Im Umgang mit Gefahren, auf die die Bevölkerung sensibel und verunsichert reagiert – die Gefahren der Radioaktivität gehören dazu –, empfiehlt sich staatlicherseits eine offene, klare und schnörkellose Informationspolitik.»

Auch François Bochud, Direktor des Instituts für Radiophysik am Universitätsspital CHUV in Lausanne und Präsident der eidgenössischen Kommission für Strahlenschutz und Überwachung der Radioaktivität (KSR), wurde nicht informiert. Das findet er falsch, «weil am Ende so oder so alles bekannt wird. Und es ist danach viel schwieriger, das Vertrauen der Bevölkerung zurückzugewinnen.»

Bochuds Vorgänger als KSR-Präsident André Herrmann sagt es noch deutlicher: «Ob in einem solchen Fall gesundheitliche Risiken bestehen oder nicht, spielt keine Rolle – die Information ist zwingend. Es war ein Fehler, dies nicht zu tun.»